

Zu den Ursachen
eines gewaltbereiten
islamistischen Extremismus
und den Möglichkeiten
der Prävention

Radikalisierung durch Religion?

Katharina Senge

Was waren das für junge Männer, die – anscheinend gut integriert – in Deutschland dschihadistische Anschläge planten, wie zum Beispiel die sogenannte Sauerlandgruppe? Was brachte sie so weit? Die Beantwortung dieser Fragen ist nichts weniger als der Heilige Gral der Terrorismusforschung, wie der belgische Politikwissenschaftler Rik Coolsaet es nennt (Coolsaet: *Jihadi Terrorism and the Radicalisation Challenge*). Schließlich können nur aus einer genauen Analyse der Ursachen gezielte und wirkungsvolle Ansätze zur Prävention abgeleitet werden. Was müssen wir tun, damit junge Menschen sich nicht einer extremistischen und Gewalt rechtfertigenden Ideologie zuwenden? Und wie können Kandidaten möglichst früh erkannt werden, um eine weitere Radikalisierung und letztlich die Anwendung von Gewalt zu verhindern? So viel vorweg: Es gibt keine kurze und einfache Antwort auf diese Fragen.

Differenzierung der Problematik

Oft werden die unterschiedlichen Probleme von und mit Jugendlichen aus Zuwandererfamilien in einen Topf allgemeinen Unwohlseins geworfen: Jugendkriminalität, Gewalt auf den Schulhöfen, Schulabsentismus, Arbeitslosigkeit, Integrationsverweigerung mit oder ohne Verweis auf den Islam, „Ehren“-Morde und schließlich auch die religiös-ideologische Radikalisierung bis hin zu den dschihadistischen Anschlägen der letzten Jahre. Soziale Probleme sind tatsächlich weitverbreitet unter deutschen Muslimen.

Arbeitslosigkeit und niedrige Bildungsabschlüsse sind häufiger zu finden als im Durchschnitt der deutschen Bevölkerung: Aufgaben für die Bildungs- und Sozialpolitik.

Eine andere Frage ist die Verbreitung von islamistischen und antidemokratischen Überzeugungen, Strömungen und Organisationen, deren mittel- oder langfristiges Ziel das Leben in einem islamischen Gesellschaftssystem nach der Scharia ist. Überzeugungen und Ideen – auch radikale – sind nicht verboten. Dass sie das Miteinander und Klima in einer freiheitlichen und daher auf Respekt und Toleranz angewiesenen Gesellschaft negativ beeinträchtigen können, macht sie jedoch zu einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung. Hier sind Bildungs- und Innenpolitik, aber auch zivilgesellschaftliche Akteure und die Religionsgemeinschaften gefragt.

Ein drittes Thema schließlich, das es getrennt zu betrachten gilt, sind islamistisch begründete Gewalttaten, sprich dschihadistische Anschläge auf Menschen oder staatliche Einrichtungen. Hier nun handelt es sich um ein sicherheitspolitisches Thema. So einleuchtend diese Unterteilung auch ist, gerade das Verhältnis zwischen islamistischer Ideologie und dschihadistischer Gewalt bereitet analytisch und politisch Probleme. Welche Rolle spielt die Ideologie bei der Radikalisierung von militanten Islamisten? Und wie sind Gewalt ablehnende Organisationen zu beurteilen, die jedoch prinzipiell dieselben gesellschaftspolitischen Ziele

vertreten? Sind sie die Wiege der radikalen Gruppierungen, beschleunigt ihre Existenz islamistische Gewalt, oder können sie potenzielle Täter durch Integration in ihre Reihen gar zähmen? Und wo sind in dieser Systematik die im Gegensatz zur extrem kleinen Gruppe der Gewalttäter viel breiteren Unterstützerszenen zu finden, die sehr wohl Gewalt legitimieren und verherrlichen, aber selbst nicht zur Tat schreiten?

Das islamistische Spektrum – nicht über einen Kamm zu scheren

Zum islamistischen Spektrum zählen unterschiedlichste Gruppierungen. Sie unterscheiden sich unter anderem anhand ihrer Zielregion (Wo können und sollen Muslime auf Dauer leben? Welche Gesellschaft soll zur Veränderung bewegt werden?), ihrer Haltung zum Einsatz von Gewalt (Ablehnung, bedingte Akzeptanz oder Rechtfertigung?) und ihres Bezuges zu Moderne und Politik (Zurück zur Lebensweise des Propheten oder Reform durch Verbindung von Moderne und Islam? Soll Politik als Mittel genutzt werden? Wie sieht ein „Islamischer Staat“ eigentlich aus?). Islamismus ist der Terminus, der all diese Strömungen in Geschichte und Gegenwart umfasst – ein folglich schillernder Begriff. Die Wurzeln des Islamismus liegen in den Reformbewegungen der islamischen Welt des neunzehnten Jahrhunderts. Als Gegenmittel gegen die Überlegenheit der europäischen Kolonialherren und als Heilmittel gegen soziale Spannungen wurde eine Rückkehr zu den Werten des Islam gefordert. Seitdem hat sich einiges verändert, ideologisch und strukturell. Heute schätzt der Verfassungsschutz die Zahl der Islamisten in Deutschland auf zirka 37 000, wobei allein die Islamische Gemeinschaft *Millî Görüş*, die als legalistisch-islamistisch eingestuft wird, mit ihren zirka 30 000 Mitgliedern erheblich zu dieser Zahl beiträgt. Nur ein Bruch-

teil dieser Personen und Organisationen rechtfertigt Gewalt. Die Muslime in Deutschland, so die neueste Studie des BMI, distanzieren sich entschieden vom Terrorismus und leiden darunter, dass Terroristen in erster Linie als Muslime wahrgenommen werden. Klaus Michael Rogner vom Bundesamt für Verfassungsschutz sagte auf einer Veranstaltung im Jahr 2011, „dass islamistische Terroristen beziehungsweise Propagandisten des Dschihad ihre Aktionen [...] damit begründen, diese Aktionen seien angeblich durch den Islam gerechtfertigt oder sogar als Befehl Gottes gefordert. Tatsächlich verbietet jedoch der Islam nach weitgehender, einhelliger Auffassung vieler religiöser Autoritäten sowohl den Mord als auch Selbstmord als Verbrechen. [...] Dschihadismus und Terrorismus diskreditieren den Islam.“ Allerdings gebe es mittlerweile eine Art eigenständige Dschihad-Ideologie.

Offener Prozess der Radikalisierung

Angesichts der Vielfalt des islamistischen Spektrums macht es Sinn, strikt zwischen den beiden Bedeutungen des Wortes „Radikalisierung“ zu unterscheiden: der Übernahme radikaler Ideen einerseits und dem Weg in die politische Gewalt andererseits (Sagemen, in: Coolsaet). Die Übernahme extremistischer Ideen kann sehr wohl ohne die Konsequenz der Gewalt geschehen und tut dies in der Mehrheit der Fälle auch. Umgekehrt gilt dies nicht: Ein gewaltbereiter Dschihadist ist ein solcher nur, insofern er seine Ziele und Taten auch ideologisch begründet. So sind alle Präventionsmaßnahmen gegen Extremismus immer auch Prävention gegen extremistische Gewalt. Im Gegenzug erfordern Verhinderung von Gewalt und Deradikalisierung weiter gehende konkrete und gezielte Aktivitäten.

Bestimmte Faktoren zu benennen, an denen man einen potenziellen Dschihadisten erkennen kann, ist unmöglich –

so die dominante These der Forschung. Derart vielfältig sind die Lebensläufe von militanten Islamisten, dass jeder Lebenslauf für sich sowie die Prozesse und das Zusammenspiel mehrerer Faktoren betrachtet werden müssen.

Der US-Amerikaner Marc Sageman hat nach den Anschlägen des 11. September darauf hingewiesen, dass die Dschihadisten nicht gezielt rekrutiert und ideologisiert wurden. Viel wichtiger für den Radikalisierungsprozess seien die sozialen Bindungen innerhalb der Gruppe auf dem Weg zu immer radikaleren Ideen gewesen (Sageman: *Understanding Terror Networks*). Der Niederländer Edwin Bakker hat europäische Dschihadisten des letzten Jahrzehnts analysiert und dadurch europäische Besonderheiten und Entwicklungen deutlich gemacht: Die Anschläge in Europa wurden vornehmlich von sogenannten *homegrown terrorists*, hier geborenen und aufgewachsenen jungen Männern der zweiten oder dritten Generation beziehungsweise ohne Migrationshintergrund, ausgeübt (Bakker, in: Coolsaet). Außerdem hatten die europäischen Dschihadisten einen verhältnismäßig niedrigen sozialen Status, dreißig Prozent waren arbeitslos. Und: Die Strukturen und Organisationsarten der Netzwerke sind in den letzten Jahren vielfältiger geworden, die Bindungen an globale Netzwerke haben sich gelockert.

Die Studien zeigen: Es gibt keinen klassischen Typus des militanten Islamisten, sondern den studierten Familienvater ebenso wie den frustrierten, arbeitslosen Schulabbrecher oder den unauffälligen und gut integrierten Azubi. Frauen sind selten vertreten, haben aber zunehmend unterstützende Funktionen.

Wo sind nun aber die Gemeinsamkeiten? Es kommen immer mehrere Faktoren zusammen, die sich im Prozess der Radikalisierung gegenseitig verstärken. Nach Peter Neumann sind diese Risikofaktoren

erstens, Unmut beziehungsweise Missstände (Identitätskonflikte, erlebte Ungerechtigkeit, Diskriminierung oder sozialer und ökonomischer Ausschluss), *zweitens*, Kontakt mit der Ideologie, die dem Unmut eine kohärente Erklärung verleihen kann und gleichzeitig erklärt, was zu seiner Beseitigung getan werden muss, und *drittens*, Mobilisierung durch Gruppendynamik beziehungsweise charismatische Anführer. Durch die Kombination dieser Faktoren können bestimmte Milieus als „places of vulnerability“ identifiziert werden (Neumann: *Preventing Violent Radicalisation in America*). Diese drei Punkte treffen nicht nur auf die Radikalisierung bis hin zur Gewalt zu, sondern auch auf die Jugendlichen, die sich Gewalt ablehnenden islamistischen Strömungen und insbesondere salafistischen Predigern anschließen. Die salafistische Interpretation des Islam ist zwar gleichzeitig die ideologische Grundlage der dschihadistischen Ideologie, die meisten Salafisten in Deutschland lehnen Gewalt jedoch ab. Radikalisierung verläuft demnach nicht geradlinig und führt keinesfalls zwingend zur Gewalt. Sie kann sich verlangsamen, die Richtung wechseln und aus verschiedenen Gründen unterbrochen werden.

Baukastenideologie: Islamistischer Extremismus im Internet

Zu den Kernelementen der islamistischen Ideologie gehört ein ausgeprägt polarisiertes Weltbild (Gut versus Böse, der Westen versus den Islam, Gläubige versus Ungläubige; auch die weniger strenge Mehrheit der Muslime wird unter Umständen zu den Ungläubigen gezählt) in Verbindung mit einem religiös-moralisch begründeten Überlegenheitsanspruch (Puschnerat, in: Kemmesies: *Terrorismus und Extremismus*). Die islamistische Ideologie bietet damit verschiedene Zugänge: politische Ziele, Gerechtigkeit, eindeutige Identität, soziale Stabilität, Religion und auch Aufmerksamkeit.

Es ist ein allgemeines Merkmal terroristischer Gruppierungen, dass sie glauben, mit dem Einsatz von Gewalt ihre Ziele zu erreichen, wie zum Beispiel die Beeinflussung politischer Prozesse und Akteure oder Reue bei den Wählern über gewisse in der Vergangenheit getroffene Wahlentscheidungen. Sie erhoffen sich sogar zunehmende Sympathie und breitere Unterstützung für ihre Ziele. Zu dieser kompletten Fehleinschätzung der Wirkung ihrer Taten kann es durch ihre zunehmende soziale und geistige Abschottung im Verlauf der Radikalisierung kommen, durch den Abbruch von sozialen Kontakten zu Freunden und Familienangehörigen bei gleichzeitiger Sozialisierung in die extremistische Szene hinein. Neu ist allerdings, dass es für solch einen Abschottungsprozess heutzutage nicht mehr nötig ist, dass sich eine Gruppe bildet und zur Zelle entwickelt. Stattdessen ist eine selektive Wahrnehmung von Inhalten und sozialen Beziehungen auch über das Internet möglich.

„Wir haben längst den Online-Dschihad“, sagte der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Alexander Eisvogel, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* in einem Interview am 11. Februar 2012. Das Internet ermögliche die beliebige Montage ideologischer Versatzstücke. Die theologische Begründung sei immer mehr weggefallen, die Ideologie auf wenige Grundbotschaften reduziert und dadurch noch leichter anschlussfähig geworden für unterschiedliche, individuelle Radikalisierungsverläufe, für Menschen ohne historisches oder religiöses Hintergrundwissen – eine „Baukastenideologie“. Im März 2010 erschoss der einundzwanzigjährige Arid U. am Frankfurter Flughafen zwei US-Soldaten und verletzte weitere lebensgefährlich. In den Monaten vor dem Anschlag hatte er dschihadistische Videos, Texte und Lieder konsumiert, die er im Internet fand. Arid U. ist das Beispiel für eine schnelle Selbstradi-

kalisierung über das Internet, ohne Kontakt zu radikalen Predigern und ohne Anschluss an eine Gruppe, innerhalb derer Indoktrinierung und sozialer Druck Gewalt erstrebenswerter erscheinen lassen.

Keine eingeleisige Präventionsstrategie

Aufgrund der Diversität der Radikalisierungsverläufe, der unterschiedlichen Motivationen für die Hinwendung zum islamistischen Extremismus und aufgrund des komplexen Zusammenspiels unterschiedlicher individueller und äußerer Faktoren ist die Entwicklung einer eingeleisigen Präventionsstrategie nicht sinnvoll. Hinzu kommt, dass der Prozess einer Radikalisierung unterschiedliche Phasen durchläuft, in denen jeweils unterschiedliche Maßnahmen helfen können. Die Schweizer Politikwissenschaftlerin Danny Bürkli hat die Maßnahmenbereiche auf einer Skala zwischen den Polen Integration und Terrorismusabwehr aufgereiht (Bürkli: *Antworten auf jihadistische Radikalisierung in Europa*). Folgende Bereiche der Prävention sind in Abwandlung und Erweiterung ihres Konzepts gefordert:

Erstens: Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit, Mentoringprogramme.

Zweitens: Projekte zur Förderung des interreligiösen Dialogs und der Toleranz. Letztere kann nicht allein kognitiv, sie muss durch konkrete Erfahrung erlernt werden. Projekte, die dies gewährleisten, müssen verstetigt werden.

Drittens: Vermittlung von Wissen über den Islam. Jugendliche brauchen einen (Schutz-)Raum zum Austausch über Glaubensinhalte, nicht zuletzt durch die weitere Einführung des islamischen Religionsunterrichts.

Viertens: Aufbrechen dualistischer und angstbasierter Rhetorik. Die Gleichsetzung von Islam und Islamismus beziehungsweise Gefahr mag verbreiteten und nach dem 11. September verständlichen

Ängsten Ausdruck verleihen, sie ist jedoch nicht nur falsch, sondern bestätigt das dualistische Bild der islamistischen Extremisten von einem Kampf der Kulturen. Jede Formulierung, die eine logische und zwingende Verknüpfung von Islam und Gewalt herstellt, nimmt bei jenen, für eine Radikalisierung anfälligen Personen die Form einer selbst erfüllenden Prophezeiung an und hat das Potenzial, den Radikalisierungsprozess von Jugendlichen zu verstärken, anstatt ihn zu unterbrechen. Um den Diskurs in eine Richtung zu lenken, in der die Trennung nicht zwischen Muslimen und Nichtmuslimen verläuft, sondern zwischen friedfertigen und intoleranten Bürgern, ist die Unterstützung aller gefragt, von Muslimen und Nichtmuslimen. Auch bei außenpolitischen Initiativen sollte die Wirkung auf die deutschen Muslime zumindest mitbedacht werden.

Fünftens: Über Radikalisierung informierte/weitergebildete Jugendsozialarbeit durch Akteure, die in den Kiezen und Communitys bereits aktiv und anerkannt beziehungsweise aus ihnen hervorgegangen sind. Hier spielen gerade auch muslimische Initiativen eine wichtige Rolle.

Sechstens: Auseinandersetzung mit Jugendlichen über extremistische Ideologien und ihre Konsequenzen. Die schulische und außerschulische Jugendbildung muss sich in der Vermittlung von Themen wie Antisemitismus, Palästina-Konflikt, Holocaust, Menschenrechten und Gleichberechtigung der Geschlechter auf kulturell heterogene Gruppen einstellen und Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund noch besser erreichen.

Siebtens: Kritische Medienkompetenz. Gerade salafistische Akteure dominieren die Darstellung des Islam im Internet. Ins-

besondere durch ihre gezielte Ansprache von Jugendlichen haben sie nahezu ein Monopol auf die deutschsprachige Vermittlung von Wissen über „den Islam“ im Internet.

Achtens: Vertrauensbildende Maßnahmen auf kommunaler Ebene. Weiterbildungen für Polizei, Lehrer, Jugendamt, Eltern, Imame, Beratungsstellen. Zentrale Anlauf- und Beratungsstellen für (De-)Radikalisierung.

Neuntens: De-Radikalisierungsprogramme. *Zehntens:* Polizeiliche und nachrichtendienstliche Maßnahmen.

Präventionsstrategien, so Neumann, müssen bundesweit gedacht werden, Präventionsprojekte hingegen auf die konkrete lokale Situation ausgerichtet sein. So wie auch die Ideologie des Dschihadismus global, die Gründe und Ursachen für eine Radikalisierung der jungen Leute hingegen lokal seien.

Kein Kampf der Kulturen

Islamisten werfen „dem Westen“ vor, letztlich machtpolitische und ökonomische Interessen vor die Menschen und ihre Rechte zu stellen. Mit diesem Vorwurf muss man sich auseinandersetzen. Man sollte sich aber auch ins Bewusstsein rufen und zu kommunizieren lernen, dass Freiheit eben nicht Beliebigkeit oder gar unmoralisches Handeln bedeutet. Freiheit ist kein indifferenter Zustand, sondern das Ergebnis einer mühevollen Leistung, die von allen Mitgliedern eines freiheitlichen, demokratischen Gemeinwesens stets erneut erbracht werden muss. Sie ist ein ständiger, kritischer Austausch über Werte. Dieser Austausch, Kritik hören, ernst nehmen und auch annehmen, das ist der gegenseitige Weg zur Integration.